

12./X. 1918

97

Die Berufungen zum Kaiser.

Die Tscheken gegen ein Liquidationskabinett.

Morgen, Samstag, werden die Führer der Parteien im Abgeordnetenhaus vom Kaiser empfangen werden. Ueber den Zweck dieser Audienzen ist noch nichts bekannt geworden. Die Vermutungen in parlamentarischen Kreisen gehen teils dahin, daß die Krone sich über die Stimmung der Volksvertreter und über deren Ansichten, betreffend die nächsten Schritte in der Neuordnung des Staates unterrichten wolle, teils dahin, daß die Krone den Parteiführern eine wichtige Eröffnung zu machen beabsichtige, womit auch die Ankündigung eines kaiserlichen Manifestes zusammenhängt. Es ist heute für keine der beiden Versionen ein Anhaltspunkt gegeben, da noch nicht einmal über die Form des Empfanges etwas bekannt ist, und man nicht weiß, ob die Parlamentarier einzeln, bezw. parteiweise oder korporativ empfangen werden.

Ueber den Weg, auf dem nun die Neuorientierung der Staatsverfassung durchzuführen wäre, herrscht noch keinerlei Klarheit unter den Parteien. Die slavischen Erklärungen zielen bisher dahin ab, daß zunächst die Nationsvertretungen, die nationalen Gemeinwesen auf dem Boden Oesterreichs, geschaffen und dann über die Form der Verbindung derselben untereinander verhandelt werden sollen. Auch ein Teil der deutschen Abgeordneten wäre bereit, diesen Weg einzuschlagen mit der Begründung, daß es die nächste Aufgabe der Deutschen in Oesterreich sei, ihr Haus zu bestellen, und daß erst dann die gemeinsamen Interessen aus freien Entschlüssen festgestellt und organisiert werden sollen; überdies würde nach Auffassung dieser Kreise bei den slavischen Völkern, wenn man ihre Chauvinisten derart auslaufen ließe, am raschesten das Bewußtsein der gemeinsamen Interessen zur Geltung kommen. Auf der anderen Seite wendet man aber dagegen ein, daß dann in der Uebergangszeit die gemeinsamen Angelegenheiten ohne Schutz und Vertretung wären und daß ein allgemeines wirtschaftliches und finanzielles Debacle aus dieser Kozkur sich unfehlbar ergeben würde; man schlägt dort vor, daß sich die Nationen auf dem Boden des Reichsrates über die künftige Form nicht nur ihres nationalen Gemeinwesens, sondern auch des künftigen Zusammenschlusses verständigen sollen und daß zur Durchführung dieser Verständigung ein Konzentrationsskabinett geschaffen werden soll, in dem alle Volksstämme vertreten wären und das in die neuen Verhältnisse überleiten solle, ein Kabinett, das auch unter dem Namen eines Friedens- oder Liquidationsministeriums in den Erörterungen auftritt. Nach dem Muster Deutschlands sollten in dieser Regierung, welche die nationale Selbstbestimmung und die Friedensvorbereitung als Programm hätte, auch die Sozialdemokraten teilnehmen. Diese Absichten stoßen aber schon heute auf den fast isolierten Widerstand der Tscheken, die den Eintritt in ein solches Ministerium entschieden verweigern. Dies wird in einem Artikel des sonst gemäßigten Führers der tschechischen Sozialdemokraten Tuzar auf sehr interessante Weise begründet; er schreibt nämlich u. a.:

Die alte Firma soll neu angestrichen werden. Das Großkapital und der Adel arbeiten fieberhaft, um noch zu retten was zu retten ist. In Oesterreich soll ein Friedens- oder Liquidationsministerium gebildet werden. In dieses sollen Vertreter aller Völker eintreten und diese neue Regierung soll eine neue Verfassung schaffen. Dann würde man sofort in die ganze Welt verkünden: „In Oesterreich ist alles in der besten Ordnung. Um uns braucht Ihr Euch nicht zu bekümmern!“ Wir setzen voraus, daß die tschechische Delegation auf alle diese Lockungen mit einem energischen Nein und zehnmal Nein! antworten wird. Ueber unsere Zukunft werden nur wir und nur wir allein entscheiden! Wir werden uns eine Verfassung geben, die uns entsprechen wird. Ueber unsere künftigen Beziehungen zu den Nachbarvölkern werden wir entscheiden und verbitten uns alle Einmischungsversuche Wiens und Budapests in die Schicksale des tschecho-slovatischen Volkes. Unserer Ansicht nach liegen die politischen Dinge konkret folgendermaßen: Wir glauben, daß man in Wien eine ruhige Liquidation Oesterreichs wünscht. Auch wir wünschen

eine solche. Wir alle brauchen die Ruhe und Niemand unter uns will neue Kämpfe heraufbeschwören. Aus diesem Grunde müssen wir verlangen, daß die Verwaltung unserer Angelegenheiten in unsere Hände übergehe. Der tschechische Staat muß mit einer tschechischen Regierung an der Spitze konstituiert werden. In der Friedenskonferenz werden Vertreter dieser Regierung sich an den grünen Tisch setzen. Dort wird über die Schicksale und über die Organisation der Welt entschieden werden. Erst wenn wir diese Regierung haben werden, kann über die Liquidation Oesterreichs verhandelt werden. An der werden wir uns gerne und pflichtgemäß beteiligen.

Es ist die alte Hoffnung auf die Friedenskonferenz, die sich gewisse tschechische Kreise trotz gewisser Pressestimmen selbst in Verbandsländern nicht rauben lassen wollen. Wie weit außerdem die republikanische Propaganda unter den Sozialdemokraten hinter dieser Aufregung steckt, läßt sich nicht beweisen; sicher ist aber, daß bereits die tschechische sozialdemokratische Presse entschieden fordert, ihr neuer Staat müsse „ein sozialistischer“ sein, während die bürgerlichen Parteien und besonders die Agrarier vor diesem neuen sozialen Radikalismus schon einen heillosen Schreck haben. Das politische Leben im „tschecho-slovatischen Staate“ beginnt mit keiner friedlichen Duverture und die inneren Kämpfe unter den Tscheken kündigen sich mit derselben Leidenschaftlichkeit an wie früher die äußeren.

An dem Empfange beim Kaiser werden sich 28 Parlamentarier beteiligen, da heute noch fünf dazu berufen worden sind. Es wurden eingeladen von den Christlichsozialen, wie berichtet, Geh. Rat Hausler, A. Fink und Dr. Mataja; von den Deutschnationalen Dr. Waldner als Obmann und Führer der Agrarier, Dr. Urban (Sudetendeutsche), Dr. Stözel (Alpenländer), Pachter (Deutschradikal) und Teufel (Deutsche Unabhängigkeitspartei); von den Liberalen Friedmann; von den deutschen Sozialdemokraten Dr. Adler, Seitz und Seliger; von den Polen Dr. Tertil und Graf Baworowski (Konservativ) und Reizes (Jude); von den Tscheken Stanel, Kiofac, Dr. Fiedler, Dr. Gruban, Tuzar; von den Rumänen Dr. Jospeskul-Grecul; von den Slovenen Dr. Korosec; von den Ukrainern Dr. Petruszewycz und Dr. Eugen Lewichyj. Diese Liste, auf deren Zusammensetzung Ministerpräsident Frh. v. Hussarek nach seinen Äußerungen keinen Einfluß genommen hatte, hat zu Vorstellungen seitens einiger Parteien bei der Regierung geführt, da einige Parteiführer übergangen waren. Es wurden daher heute noch fünf Parlamentarier eingeladen u. zw. die Abg. Dr. Steinwender, Wolf als Obmann der Deutschradikalen und Dr. Lodgeman, der Führer des radikalen Flügels der tschechischen Sozialdemokraten Habermann und Dr. Löwenstein für die polnischen Nationaldemokraten. Der Empfang wird auch nicht in Reichenau stattfinden, wie ursprünglich geplant war, sondern in der leichter zu erreichenden Kaiservilla in Baden. Die Parlamentarier werden morgen früh gemeinschaftlich von Wien abreisen und bis zum Nachmittage als Gäste des Kaisers in Baden peilen.